Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr ausschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 259. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 3. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr 13 513 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile ausschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Mittwoch, 15. April 1925 — Nummer 11

Gegen Monarchismus und Korruption

Wie die SPD. schwindelt

Im „Vorwärts" geschehen Osterwunder. Man könnte sogar meinen, daß in der Barmat-Partei der Klassenkampf auferstieht. Am Ostersonnabend erschien der Wahlaufruf des SPD.-Vorstandes für den Klassenkämpfer Wilhelm Marx, in dem man folgendes Erstaunliches lesen konnte:

„Oft hat unser Ebert schon an der Bürde getragen, eine Politik zu repräsentieren, deren Inhalt von den bürgerlichen Majoritäten des Reichstags und der Landtage bestimmt wird. Klarer ist für die Sozialdemokratie die Situation, größer unsere Bewegungsfreiheit, wenn wir nicht Pflichten übernehmen müssen, zu deren Erfüllung unsere Macht im Volke noch nicht völlig ausreicht."

Welch erstaunliche Erkenntnis! Aber warum soll das gerade nur für das Amt des Reichspräsidenten gelten? Ist es nicht eine ebenso „schwere Bürde", wenn ein Sozialdemokrat den Arbeitern gegenüber die Pflicht übernommen hat, die Arbeiterinteressen zu vertreten, als Ministerpräsident, als Polizeipräsident, als Polizeiminister oder sonst in irgendeiner Regierungsstelle des bürgerlichen Staates die Interessen der bürgerlichen Mehrheit vertreten muß? Ist dies nicht der Grund, warum alle ehrlichen Sozialisten schon seit dem Falle Millerand prinzipiell gegen die Koalitionspolitik gekämpft haben? Warum ist ein hoher Barmat-Vorstand

für die Ministerpräsidentschaft des SPD.-Held in Sachsen

gegen den Willen der gesamten sächsischen Arbeiterschaft, und warum ist er mit einem Male gegen die sozialdemokratische Präsidentschaftskandidatur, die die große Masse der SPD.-Arbeiter forderte? Die Antwort darauf ist die berühmte Fabel von dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind.

Der Aufruf des SPD.-Vorstandes zeigt uns aber noch ein zweites Osterwunder: Neben Wels als Kämpfer gegen die Koalitionspolitik, Marx als Kämpfer gegen „die Diktaturgelüste des Großkapitals und der großen Landwirtschaft". Es ist schon eine starke Zumutung, den Arbeitern vorzureden, daß sie mit den tapferen Zentrumsmannen des Herrn Marx die monarchistische Reichswehr und die Faschistenverbände, die sich unter Hindenburgs Fahne sammeln, in die Flucht schlagen können. Nun aber heißt es gar, daß Wilhelm Marx die Rettung ist vor den „gefährlichen" Gegnern, denen es „nicht zuerst um die Staatsform, sondern um ihre — der Großkapitalisten und Großagrarier — Herrschaft über den Staat" geht.

Marx, der Zivildiktator des Ermächtigungsgesetzes, der Spender der 715-Millionen-Ruhrgelder

als Schützer vor der Herrschaft der Großkapitalisten und Großagrarier, **das ist wirklich der Bock als Gärtner.**

Der SPD.-Vorstand scheint wirklich nicht zu bedenken, daß doch einige „Vorwärts"-Leser seine Phrasen ernst nehmen könnten. Da heißt es in dem Aufruf:

„Eure Abstimmung wird das Urteil sein, ob diese Politik der Rechtsregierung fortdauern soll. Geldsack-Republik oder soziale Republik, so ist die Frage gestellt!"

Darum also für Marx stimmen?

Aber Marx hat feierlich erklärt, daß sich seine Kandidatur nicht gegen die Rechtsregierung Luther richtet.

Und dürfte es schwer fallen, zu erklären,

wie die soziale Republik mit dem Zentrumsmann Wilhelm Marx an der Spitze aussehen soll?

Der „Vorwärts" vom 14. April ist so unvorsichtig, gegen Hindenburg an das Jahr 1916 zu erinnern und zu erklären: „Der Krieg diente dem Kapitalismus" und

„Krieg, Kapitalismus und Korruption sind untrennbar verbunden".

Stampfer scheint uns zu sehr auf die Vergeßlichkeit seiner Leser zu spekulieren, wenn er glaubt, daß die Arbeiter in der Zeit des Magdeburger Prozesses nicht mehr wissen, daß **die Ebert-Partei mit allen Kräften dem Kriege gedient hat,** der dem Kapitalismus diente. Und was die Korruption im Kriege anlangt, so hat die Barmatkumpanei zu ihrer eigenen Entlastung angeführt, daß der edle Dulder Julius Barmat schon im Dienste der wilhelminischen Regierung **als politischer Agent und Lebensmittelschieber tätig war.**

Stampfer schließt seinen Artikel mit den Worten: „Gegen die Korruption — das erfordert die Entscheidung gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, d. h. zunächst und vor allem gegen Hindenburg!"

Sehr richtig!

Zunächst gegen Hindenburg und zu zweit gegen Marx.

Denn daß Marx ein Kandidat gegen den Kapitalismus ist, das kann nur glauben, wer auch glaubt, daß Wels und Heilmann die berufenen Kämpfer gegen die Korruption sind.

Wir würden den SPD.-Demagogen empfehlen, sich auf die Phrasen über Republik und Monarchie zu beschränken. **Im Hause von Barmat und Wilhelm Marx soll man nicht von Kapitalismus und Korruption sprechen.**

In sechs Monaten!

Im Eisenbahnzug zwischen Zossen und Chemnitz. Zwei Reichswehrsoldaten steigen ein. Ein Zivilist kommt auf einen zu, bittet freundschaftlich, die Mütze probieren zu dürfen — seine Frau möchte sehen, wie sie ihn kleidet. „Bitte!" sagt der Reichswehrsoldat. Der Zivilist setzt sie auf, geht in das zweite Abteil, wo seine Frau sitzt, kommt bald zurück: „Herzlichen Dank! Wissen Sie, lieber Kamerad, in sechs Monaten wird es anders sein, da dienen Sie unter dem System, unter dem wir früher gedient haben." Der Reichswehrsoldat: „Ich weiß (!) es!"

So denken jetzt die Kleinbürger. **Und nicht nur sie.** Große Teile der Bevölkerung rechnen mit der Monarchie als einer selbstverständlichen Sache. Der ganze Staatsapparat der Republik, die Verwaltung, Justiz, Reichswehr, Polizei — alles steht bereit, den neuen Herrn zu grüßen.

Die Arbeiterschaft muß diese Tatsachen sehen, begreifen und zur Gegenwehr rüsten. Sonst gelingt der Streich. Die Arbeiterschaft muß zugleich die fremden und eigenen Kräfte feststellen, um zu wissen, wer jenseits der Barrikaden, und wer für die Revolution kämpfen wird. Illusionen darf es nicht geben, oder der Kampf wird ungeheuer erschwert. Die Arbeiterschaft muß schließlich eine Perspektive über die bevorstehenden Kämpfe haben und wissen, welche Bedeutung diesmal der Wahlkampf haben wird.

1.

Die wichtigste Frage, die den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Lage gibt, ist die: **Ist die Monarchie eine reale, akute Gefahr, ja oder nicht?**

Wir antworten **mit einem glatten Ja!** Die Bourgeoisie braucht die Monarchie. Aus innerpolitischen Gründen. Hier drängen die bisherigen Erfolge von selbst. Wenn die siebenjährige Präsidentschaft Eberts mit der Uebernahme fast aller Machtposten innerhalb der „Republik" geendet hat, dann ist es nur natürlich, daß nun dem Ganzen die Krone aufgesetzt werden muß. Zudem ist die neue Form der Monarchie, das Volkskaisertum, eines der besten Mittel, die gesamte Staatsbureaukratie mitsamt dem Kleinbürgertum an die Politik der Schwerindustrie zu ketten, um so mehr, als dieser Fallstrick der einzige ist, mit dem diese Teile der Bevölkerung gewonnen werden können. Materiell wird man für diese Schichten gar nichts tun. Die Erledigung der Aufwertungsfrage ist ein Beweis, daß die Herrschaften nicht daran denken, sich etwas kosten zu lassen.

Die außenpolitische Lage spricht auch für die Wiederaufrichtung der Monarchie. Wenn die SPD. das Gegenteil behauptet, dann lügt sie. Bei der Analyse übersehe man nicht, daß wir heute vor einer neuen Situation stehen. In dem Sinne, wie man bisher von einer Entente gesprochen hat, gibt es keine mehr. Der Sturz Herriots verschärft die Beziehungen zwischen England und Frankreich. Die „Stabilisierung" in Deutschland treibt England gegen Amerika und zu gleicher Zeit Frankreich gegen Deutschland. Wenn Amerika seine Kapitalien in Deutschland deswegen anlegt, um Extraprofite herauszuwirtschaften, dann muß England diese Absicht verhindern, weil es sonst auf dem Weltmarkt gegen Amerika und Deutschland wird kämpfen müssen. Andererseits bedeutet Herriots Sturz bis zu einem gewissen Grade auch das Ende wirtschaftspolitischer Abmachungen zwischen Frankreich und Deutschland. Poincarés Politik wird wiederum beginnen. Kurz: die Front der Entente ist durchlöchert. Gewiß ist eine gewisse Interessengemeinschaft gegenüber Deutschland gegeben, aber es ist sehr schwer, wenn nicht ausgeschlossen, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die „friedlichen" Methoden der Einwirkung auf ein „widerspenstiges" Deutschland sind fast erschöpft. Eine Ruhrbesetzung würde Frankreich zum zweiten Male nicht wagen, zumal die Verhältnisse, nach Herriots Sturz, sich zuspitzen werden und die Bourgeoisie im Innern zu tun haben wird. Das deutsche Kapital will diese Sachlage ausnützen. Besonders, wo es keineswegs daran denkt, mit seinen wahren Fronvögten Amerika und England zu brechen und nach wie vor bereit ist, alle Zahlungen aus dem Mark des werktätigen Volkes herauszupressen. Eine Monarchie in Deutschland kann weder England noch Amerika unangenehm sein, weil die Niederhaltung der Arbeiterschaft dadurch nur gesicherter ist und außerdem Deutschland als militärischer Bundesgenosse für den kommenden Krieg gebraucht wird.

Als Schachfigur gegen Frankreich kann ein monarchistisches Deutschland seinen Kaufpreis nur erhöhen.

2.

Die einzige Kraft, die gegen die Monarchie kämpfen kann, ist die Arbeiterschaft. Dieser Kampf kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn das deutsche Proletariat unter kommunistischer Führung kämpft. Die Arbeiterschaft wird bestimmt unterliegen, wenn sie sich von der SPD. verwirren und betrügen läßt.

Nur die internationale Gewerkschaftseinheit kann einen neuen imperialistischen Krieg verhindern!

London, 13 April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Daily Herald veröffentlicht einen Auszug aus dem Einheitsmanifest der englischen und russischen Gewerkschaften, in dem es unter anderem heißt: „Die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit muß als die erste wesentliche Vorbedingung betrachtet werden, die die Gewerkschaftsbewegung befähigen soll, die Positionen der Arbeiter gegen Angriffe erfolgreich zu verteidigen und die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Die politische Situation ist in fast allen sogenannten zivilisierten Ländern durch die Reaktion beherrscht. Auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet haben die Kapitalisten aller Länder ihre Einheitsfront gebildet. Wo der Achtstundentag noch nicht verloren ging, ist er bedroht, in vielen Industrien besteht bereits der Neun-, Zehn-, ja Elfstundentag. Millionen von Arbeitern sind arbeitslos. Die Löhne, die nie ausgereicht haben, eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, wurden um 20, 30 und 40 Prozent reduziert. **Es wird ein neuer Krieg vorbereitet, der weit furchtbarer und schrecklicher sein wird, als bisher gekannt.** In derselben Zeit sollen sogenannte Abrüstungskonferenzen gefährliche Illusionen stärken, sie werden dazu benutzt, die Arbeiter abzulenken und sich in einem falschen Sicherheitsgefühl zu wiegen. Es gibt nur eine Macht, die die Menschheit vor neuen Kriegen retten kann. Diese Macht ist die Arbeiterklasse selbst und sie muß organisiert, straff diszipliniert, sich selbst vertrauend und sich bereit haltend, alles zu opfern, was der endgültigen Befreiung im Wege steht. Die Konferenz erklärt, daß das nur möglich ist durch die Schaffung der internationalen Einheitsfront. Die Bedeutung dieser Einheit wird von Millionen organisierten Arbeitern in der ganzen Welt anerkannt."

Das Manifest schließt mit den Worten:

„Arbeiter aller Länder vereinigt euch!"

„Es lebe die weltumfassende Gewerkschaftseinheit!"

Ein Kabinett Briand gescheitert

Paris, 14. April. (WTB.) **Briand teilte heute abend Doumergue mit, daß er zu seinem vollen Bedauern angesichts der politischen Umstände und der Weigerung der Sozialisten, an einer von ihm gebildeten Regierung teilzunehmen, nicht in der Lage sei, ein Kabinett zu bilden.**

Um 9 Uhr 15 Minuten wurde der Kammerpräsident Painlevé ins Elysee berufen. Der Präsident der Republik ersuchte ihn, das Kabinett zu bilden. Painlevé antwortete, er habe den Wunsch, dem Präsidenten der Republik den tätigsten Beistand zur Lösung der Krisis zu leisten. Er werde sich infolgedessen mit seinen Freunden besprechen und bis morgen vormittag die Antwort überbringen, ob er die Kabinettsbildung übernehme oder nicht.

Die Sozialisten lehnen die Unterstützung ab

Paris, 14. April. (WTB.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei ist heute nachmittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten. Die Beratungen haben die Feststellung zur Aufgabe, ob die sozialistische Partei sich an einem Ministerium beteiligen wird. Für den Fall, daß diese Frage mit Nein beantwortet wird, ist festzustellen, ob die Partei gegenüber dem künftigen Ministerium die Unterstützungspolitik fortsetzen wird, die sie zugunsten des Ministeriums Herriot durchgeführt hatte. Der Abgeordnete Leon Blum erklärte, Briand habe der sozialistischen Partei angeboten, sich an seinem Kabinett zu beteiligen. Nach seiner Ansicht müsse man dieses Angebot ablehnen. Nach einer Aussprache entschied der Nationalrat einstimmig, den ersten Teil der Frage mit Nein zu beantworten. Hierauf berichtete Leon Blum über seine mit Briand geführten Verhandlungen. Er legte auch den Standpunkt der Partei in der Frage der Abgabe vom Kapital dar.

Sieg der Opposition bei Schwartzkopff

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Betriebsrätewahlen bei Schwartzkopff (Betrieb Scheringstraße) ergaben: Hirsch-Dunckersche 112 Stimmen, SPD. 591 Stimmen, Opposition 956 Stimmen. Gegen die oppositionellen Gewerkschaftskollegen ist ein Ausschlußverfahren vom DMV. eingeleitet worden.**

Noch vor wenigen Tagen haben die Sozialdemokraten mit ihren „Siegen" bei Schwartzkopff aufgewartet. Der Ausfall der obigen Wahl zeigt, wie es mit den „Siegen" der SPD. bestellt ist. Jetzt droht der DMV., die Opposition auszuschließen. Die gesamte Metallarbeiterschaft muß sich gegen diese Absicht der Zerstörung der Gewerkschaften wenden.

Reaktionär Marx, der Kandidat der SPD

Marx auf dem deutschen Katholikentag 1910.

„Wir sehen den Unglauben am lautesten verteidigt in den Reihen derjenigen, welche sich den Umsturz aller staatlichen und bürgerlichen Ordnung zu ihrem Ziel gesetzt haben. Und wir stehen vor etwas Unfaßbarem, wenn selbst hohe Staatsmänner diesen ausgesprochenen **und zielbewußt staatsfeindlichen Elementen** die Wege ebnen und **Lob und Anerkennung aussprechen, oder wenigstens sie als nicht so sehr gefährlich bezeichnen."**